

Besprechungen

Vilmos von Zsolnay, Die Wissenschaft in Osteuropa. Sowjetunion. Polen. Ungarn. Tschechoslowakei. Rumänien. Mit einer Einführung von László Révész. v. Hase & Koehler Verlag. Mainz 1967. 230 S.

In dieser Arbeit wird der Versuch „unternommen, über die Entwicklung, die Lage und die Organisation der Wissenschaft in Osteuropa ein einheitliches Bild“ (S. 15) zu entwerfen. Ausgehend von der Sowjetunion wird die Wissenschaft in Polen, der Tschechoslowakei, Rumänien und Ungarn vergleichend betrachtet. Da sich der Vf. auf die Organisationsstruktur der Wissenschaft konzentriert, stehen Fragen der Gliederung, der Institutionen, des Aufbaues der Akademien der Wissenschaften, der Organisation des Hochschulwesens sowie Fragen der Planung und Leitung im Mittelpunkt. In einem einführenden Teil wird auch auf den Inhalt einzelner wissenschaftlicher Fachrichtungen eingegangen. Unter dem Hauptbegriff „Sozialwissenschaften“ — gemeint sind die „Gesellschaftswissenschaften“ — subsumiert der Vf. auch solche Fächer wie Technik, Naturwissenschaften und „Kriegstechnische Forschung“. Das ist kaum zu begründen; selbst in der Sowjetunion würde man hier eine klare Trennung der Fachgebiete vornehmen.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf der Organisation der Wissenschaft; der Vf. will zeigen, unter welchen Bedingungen und mit welchen Möglichkeiten sich die Wissenschaft im „Ostblock“ vollzieht. Zweifellos ist ein von dem Organisationsschema der Sowjetunion ausgehender Strukturvergleich, wie er dem Vf. vor Augen gestanden haben mag, ein bedeutsames wissenschaftliches Vorhaben, das wesentliche Aufschlüsse und Ergebnisse liefern kann, und zwar Ergebnisse, die über den wissenschaftspolitischen Bereich hinaus für die Länder Ostmitteleuropas wichtig sind. Bei der im ganzen wohl unterschiedlichen Rezeption des sowjetischen Organisationsmodells durch die ostmitteleuropäischen Staaten würde sich dann prüfen lassen, inwieweit ein solches Modell übertragbar und ob es auch in andere Kulturkreise (Asien, Afrika) zu transferieren ist. Eine weiterführende Fragestellung würde schließlich zu untersuchen haben, auf welche unterschiedlich entwickelten Bildungssysteme das Modell nach 1945 Anwendung gefunden hat; dabei könnten im Idealfalle Ergebnisse gewonnen werden, die Aufschluß geben könnten über wirkungsmächtige Traditionen (wie in Ungarn), konfessionelle Gebundenheiten (in Polen) oder auch politische Dynamik (wie in Rumänien) innerhalb des ostmitteleuropäischen Bereichs.

Die Schwierigkeiten einer solchen vergleichenden Strukturuntersuchung sind beträchtlich. Da es nicht einmal für das wissenschaftliche Leben eines jeden ostmitteleuropäischen Landes monographische Materialaufbereitungen gibt — neben mehreren Darstellungen über die Sowjetunion sind hier vor allem die Arbeiten von R. Urban über die Tschechoslowakei¹ und H. Hartmann über Polen² anzuführen —, müßten für einige Länder erst mühsame Vorarbeiten geleistet werden. Daß in den meisten Ländern statistische Jahrbücher, Hochschulführer und andere instruierende Sammelbände inzwischen fast regelmäßig erscheinen, erleichtert die Sucharbeiten zwar, garantiert aber noch lange nicht immer eine lückenlose Bestandsaufnahme; denn die Aussagekraft der meisten Statistiken steht noch hinter den westlichen Ansprüchen zurück. Wenn

1) vgl. ZfO. 7 (1958), S. 604 f.

2) vgl. ZfO. 13 (1964), S. 345—347.

sich der Vf. dennoch dieser schwierigen Aufgabe unterzogen hat, so muß man diesen ersten Versuch auf jeden Fall begrüßen. Der Vf. hat die ostmitteleuropäischen Länder „nicht einzeln behandelt; sie wurden innerhalb der Gesamtproblematik erforscht“ (S. 15). Das führt zu der Frage, wie er die Materialbewältigung gemeistert und unter welchen Voraussetzungen er dieses Gesamtbild gewonnen hat.

Leider haben sich bereits bei der Zusammenstellung und Auswertung des Materials zahlreiche Versehen und sachliche Fehler eingestellt, so daß schon die dargelegten Sachzusammenhänge einer kritischen Betrachtung nicht immer standhalten. Am Beispiel der Abschnitte, die die Sowjetunion betreffen, wirkt sich besonders nachteilig aus, daß der Vf. seine Informationen in vielen Fällen aus Presseudnotizen gezogen hat, ohne sich der Angaben aus den zugänglichen statistischen Sammelbänden zu versichern. So ist z. B. das für die Sowjetunion unentbehrliche statistische Jahrbuch „Narodnoe chozjajstvo v SSSR“ (Die Volkswirtschaft in der UdSSR) nicht herangezogen worden. Infolgedessen bleiben Angaben wie die über die wissenschaftlichen Mitarbeiter der sowjetischen Akademie der Wissenschaften (S. 118) lückenhaft; wenn dann die aus dem *Ežegodnik* der BSE dazu auch noch falsch abgelesenen Angaben gleich angeschlossen werden, ergeben sich groteske Irrtümer: so gab es 1964 natürlich nicht lediglich in der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, sondern tatsächlich in der ganzen Sowjetunion 4 397 Institute mit 326 800 Wissenschaftlern, von denen etwa ein Zehntel bei der Akademie beschäftigt war. S. 86 werden, aus anderen Tageszeitungen, wiederum abweichende Zahlen genannt. — Die Auswertung des statistischen Jahrbuches hätte den Vf. auch vor anderen Irrtümern bewahren können: entgegen seinen Ansichten (S. 85) ist der Begriff „Wissenschaftler“ in der Sowjetunion sehr wohl und ziemlich genau definiert worden.³ Gerade hier hätten sich Ansatzpunkte für eine weiterführende, vergleichende Untersuchung ergeben, die die Wissenschaftler in der Sowjetunion denen der übrigen ostmitteleuropäischen Staaten gegenüberzustellen hätte. — Zweifellos ist die statistische Verzeichnung der wissenschaftlichen Institutionen in der Sowjetunion schwierig, allein schon deshalb, weil die stetigen Veränderungen nicht laufend publiziert werden. Gerade deshalb erscheint es gewagt, wenn der Vf. die Fach-Akademien (S. 122—124) nach dem Stand von 1961 anführt, dabei nur einige, nicht besonders gekennzeichnete Zahlenangaben erneuert und dann behauptet, den Stand von 1964 anzugeben. Die „Akademie für Sozialwissenschaften (Gesellschaftswissenschaften) beim ZK der KPdSU“ ist eine Hochschule und gehört nicht in diese Aufstellung; auch andere sowjetische Hochschulen tragen die Bezeichnung „Akademie“. Die Liste solcher Versehen ist leider damit nicht abgeschlossen; doch soll hier mehr auf Grundsätzliches als auf allzu viele Einzelheiten — die in dem nicht ganz übersichtlich angeordneten und leider nicht sehr sorgfältig redigierten Buch oft verlorengehen — hingewiesen werden.

Schwerer als die sachlichen Irrtümer wiegen die methodologischen Voraussetzungen, deretwegen weitere Bedenken geltend gemacht werden müssen. Obwohl es dem Vf. gelingt, an einzelnen Punkten gelegentliche Unterschiede im

3) vgl. dazu in deutscher Übersetzung: Osteuropa-Handbuch, Teil Sowjetunion. Das Wirtschaftssystem. Köln 1965. S. 75 und S. 111.

Wissenschaftssystem der ostmitteleuropäischen Länder hervorzuheben, scheint ihm doch das Bild eines im ganzen einheitlichen Organisationsschemas vor Augen zu stehen, das für den „Ostblock“ verbindlich ist: „Da bei dem Aufbau der Hochschulen in den Ostblockstaaten kaum ein Unterschied besteht, werden wir nicht auf die einzelnen Volksdemokratien eingehen...“ (S. 149 f.). Das gleiche wird für die Planung und Leitung der wissenschaftlichen Forschung behauptet (S. 112), und die Fachgebiete, in denen man den Grad eines Kandidaten der Wissenschaften erwerben kann, werden lediglich am Beispiel Ungarns („und in den übrigen Ostblockstaaten“, S. 99) angeführt.

Abgesehen davon, daß sich bei einem solchen Substitutionsverfahren auch sachliche Fehler ergeben können, darf hier einmal die grundsätzliche Frage gestellt werden, ob sich der Vf. nicht durch die Zeichnung eines „einheitlichen Bildes“ aller Möglichkeiten begeben hat, bestehende Unterschiede oder gar zunehmende Differenzierungen im Wissenschaftssystem der ostmitteleuropäischen Länder wahrzunehmen und darzustellen. Bei der engen Bindung der Wissenschaft an die politischen Prämissen, die der Vf. mit Recht wiederholt hervorhebt, sollte aber, im Anschluß an eine zweifellos wahrnehmbare politische und nationale Differenzierung, auch das Abhängigkeitsverhältnis im wissenschaftspolitischen Bereich in diesen Blickpunkt einbezogen werden.

Der Vf. hat, wie gezeigt wurde, den umgekehrten Weg eingeschlagen. Ist es sinnvoll, wenn man, wie er, das Land Bulgarien kaum in Betracht zieht und nur ganz kurz streift, „da dort keine nennenswerte Abweichung von der ‚Generalinie‘ festzustellen“ sei (S. 15)? Hätte nicht gerade der „Fall“ Bulgariens einen methodisch äußerst günstigen Anlaß geboten, um herauszuarbeiten, wie hier das aus politischen Gründen übertragene sowjetische Organisationsmodell auf völlig andere Voraussetzungen stieß als etwa in Polen oder in Ungarn? Diese Fragen und Bedenken wollen nicht so sehr als Kritik an dem vorliegenden Buch verstanden sein als vielmehr Anlaß bieten, über die Voraussetzungen nachzudenken, die einer vergleichenden Untersuchung abgegrenzter Problemfelder in den ostmitteleuropäischen Ländern vorangehen sollten. Es gehört in diesen Zusammenhang, wenn der Begriff der „Sowjetisierung Ostmitteleuropas“ in jüngster Zeit gerade an Hand des Bildungswesens zur Diskussion gestellt worden ist. So hat O. Anweiler über „Sowjetkommunistische Überlagerung und nationale Differenzierung im Bildungswesen Ostmitteleuropas“⁴ gesprochen und sich dabei mit dem „komplizierter gewordenen Gefüge und den gegenwärtigen Integrations- und Differenzierungsproblemen in den kommunistischen Ländern Osteuropas“ befaßt. Gleichzeitig hat S. Baske die „Integration und Differenzierung im Bildungswesen des Ostblocks am Beispiel der allgemeinbildenden Schule in der Sowjetunion, in Polen und der Sowjetzone Deutschlands“ untersucht.⁵ Wenn sich die Ergebnisse, zu denen die beiden Verfasser gelangen, auch keineswegs decken, so zeigt sich doch bereits in der Formulierung der Themen, daß die Fragestellung hier von Voraussetzungen ausgeht, die einen weitaus günstigeren Ausgangspunkt für die Beantwortung bilden.

4) In: Osteuropa 17 (1967), S. 1—15.

5) In: Ist der Osten noch ein Block? Hrsg. von R. Löwenthal, Stuttgart 1967, S. 127—163.

Damit sollen nur einige Überlegungen angedeutet sein, die sich im wesentlichen auf methodologische Voraussetzungen beschränken und keinesfalls einem Ergebnis vorgreifen wollen, — der Prozeß der Differenzierung, der jedenfalls im Nationalpolitischen wahrzunehmen ist, dürfte nur in seinen Umrissen zu fixieren sein; über seine Richtung ist damit noch nichts besagt. V. von Zsolnay ist in seinem Buch auf diese Fragen nicht eingegangen. Sein Versuch einer vergleichenden Darstellung kann aber dazu beitragen, die vielschichtige Problematik dieses Komplexes zu bedenken und — möglicherweise — einer neuerlichen Bearbeitung zu unterziehen.

Berlin

Klaus Meyer

Untersuchungen zur gesellschaftlichen Struktur der mittelalterlichen Städte in Europa. (Vorträge und Forschungen, Bd XI.) Jan Thorbecke Verlag, Konstanz, Stuttgart 1966. 427 S., 3 Ktnsk.

Der Band enthält nach einer Einleitung des Herausgebers Theodor Mayer 13 Vorträge, die auf den Reichenau-Tagungen des Konstanzer Arbeitskreises für mittelalterliche Geschichte 1963 und 1964 gehalten worden sind. Abgesehen von zwei Beiträgen allgemeinerer Art (O. Brunner, „Zum Begriff des Bürgertums“; W. Ebel, „Über die rechtsschöpferische Leistung des mittelalterlichen Bürgertums“), kreisen sie um das Thema der gesellschaftlichen Struktur des Bürgertums, freilich nicht nur in deutschen Städten (Schwäbisch Hall, Nürnberg, Regensburg, Lübeck, Hamburg und Wien). Der Forschungsbereich umfaßt auch die niederländischen, die italienischen und die Städte des weiteren Ostens von Konstantinopel bis Novgorod. Den Schluß bilden zwei Aufsätze, die nicht eine einzelne Stadt, sondern eine bestimmte Gruppe zum Gegenstand haben: M. Hellmann, „Probleme früher städtischer Sozialstruktur in Osteuropa (d. h. in Ruthenien, im Kiever und im Moskauer Rußland), und E. Wirth, „Die soziale Stellung und Gliederung der Stadt im Osmanischen Reich des 19. Jahrhunderts“. Dieser Aufsatz geht zwar räumlich und zeitlich über den Rahmen des Buches hinaus, doch bietet infolge Phasenverschiebung die orientalische Stadt des 19. Jhs. gewisse Vergleichsmöglichkeiten mit der mittelalterlichen Stadt des Abendlandes.

In die Thematik der „Zeitschrift für Ostforschung“ fallen vor allem die Studien von A. v. Brandt über das spätmittelalterliche Lübeck und von C. Goehrke über Novgorod, weil in beiden Städten das deutsche Recht eine besondere Bedeutung gehabt hat, doch gilt das auch für den Aufsatz von Hellmann, zu dessen Forschungsbereich z. B. Lemberg und die litauischen Städte gehören. Natürlich ist der Einfluß des deutschen Rechts nur einer von vielen Faktoren, die die soziale Gliederung der Bürgerschaften bestimmen. Ebenso wichtig sind das gerade im Osten besonders vielschichtige Volkstum, die Herkunft und Tätigkeit der verschiedenen Schichten der Bürgerschaft, ihr Verhältnis zueinander, d. h. die Frage der Abschließung oder Durchlässigkeit, und ihr Verhältnis zum Klerus und zum Grund- oder Landesherrn. Geschichtet war die Bürgerschaft immer, aber für ihre Erfassung gibt es kein Schema, abgesehen davon, daß sie je nach der Quellenlage nicht in gleicher Weise erforscht werden kann. Während sie in Schwäbisch Hall und in Lübeck in Statistiken, Tabel-